Ressort: Politik

Bundesregierung plant neues Gesetz zu Zahlungsfristen

Berlin, 13.05.2013, 07:08 Uhr

GDN - Die Bundesregierung will die Zahlungsfristen in Deutschland an neue Vorgaben der EU-Kommission anpassen. Ihr "Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr" sieht eine Zahlungsfrist von maximal 60 Tagen vor.

Öffentliche Auftraggeber sollen ihre Rechnungen künftig spätestens nach 30 Tagen bezahlen müssen. Das bestätigte ein Sprecher des Justizministeriums der "Rheinischen Post". Große Teile der deutschen Wirtschaft kritisieren den Gesetzentwurf scharf. Die Hauptgeschäftsführerin de des Bauindustrieverbandes NRW, Beate Wiemann, sagte: "Das deutsche Recht sieht eine unmittelbare Zahlung seitens des Auftraggebers vor. Der Gesetzentwurf sieht nun eine Verlängerung auf 60 Tage vor. Allein im Wirtschaftsbau würde durch das Gesetz ein Liquiditätsbedarf von zusätzlich 4,3 Milliarden Euro entstehen." Der Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), Holger Schwannecke, nennt die Pläne der Bundesregierung "absurd". Schwannecke sagte: "Die Initiative der EU-Kommission zur Stärkung der Zahlungsmoral darf nicht dazu führen, dass ausgerechnet in Deutschland das Gegenteil erreicht wird."

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-13615/bundesregierung-plant-neues-gesetz-zu-zahlungsfristen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com